

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Postzelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Geht es der Wirtschaft schlecht?

Man hört auch heute noch sagen, die deutsche Wirtschaft sei krank, wir machten zurzeit eine Wirtschaftskrise durch, und diese könne nur überwunden werden durch Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der sozialen Lasten. Daher auch die Stimmen, das Preussische Wohlfahrtsministerium, das Bayerische Sozialministerium und das Reichsarbeitsministerium zu befechtigen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ konnte sogar schreiben: „Das Reichsarbeitsministerium hat seinen Namen davon, daß es verhindern muß, daß zuviel gearbeitet wird“. Und im „Deutschenpiegel“ behauptet Prof. Vredt, der Staat habe seine primitiven Funktionen als Rechtsstaat erweitert und sich zu einem Wohlfahrtsstaate entwickelt. Demgegenüber müssen wir auch einmal auf die Rehrseite verweisen. Es wird sich dann zeigen, daß die Wirtschaft gar keine Ursache hat, solche Klagelieder anzustimmen, sondern daß es zweckmäßig wäre, die notwendigen Lohn- und Gehaltserhöhungen vorzunehmen und auch den schon längst erwarteten Preisabbau zu beschleunigen. Reichen wir einige Tatsachen aneinander und lassen diese für sich selbst sprechen.

Die Kapitalsneubildung wird von Finanzfachleuten im vergangenen Geschäftsjahre auf 6½ bis 8 Milliarden Mark geschätzt. Außerdem gelang es, im vergangenen Jahre gegen 3 Milliarden Mark neue Anleihen auf dem heimischen Markt glatt unterzubringen. Ausländisches Geld steht der deutschen Wirtschaft heute wieder zu verhältnismäßig niedrigen Zinssätzen in jeder Höhe zur Verfügung.

Die Konjunktur ist in den Hauptindustrien gut, teilweise sogar ausgezeichnet. Die Arbeitsleistung ist fortgesetzt gestiegen. Sie weist selbst gegenüber den Friedensverhältnissen im Durchschnitt eine starke Zunahme auf.

Wenn beispielsweise im Steinkohlenbergbau Deutsch-Oberschlesiens die Förderung im Januar bei 24 Arbeitstagen auf 1.616.633 Tonnen gegenüber einer im gleichen Zeitraum erfolgenden Förderung von 1.573.222 Tonnen im Dezember gestiegen ist und der arbeitsmäßige Durchschnitt mit einer Rekordziffer von 67.360 Tonnen rechnen konnte, wenn der Gesamtabsatz im ober-schlesischen Revier von 1.486.485 Tonnen im Dezember 1926 auf 1.540.000 Tonnen im Januar 1927 gestiegen ist, wenn im rheinischen Braunkohlenrevier die arbeitsmäßige Förderung von 136.922 Tonnen im Oktober 1926 auf 145.931 Tonnen im Dezember bzw. die Gesamtförderung von 3.559.980 Tonnen im Oktober auf 3.648.274 Tonnen im Dezember gestiegen ist, so bedeutet das, daß die bergbauliche Produktion einen starken Auftrieb bekommen hat. Es sei darauf hingewiesen, daß die Steinkohlenproduktion (ohne Saargebiet) von 10,61 Millionen Tonnen im Februar 1926 auf 13,77 Millionen Tonnen im Dezember 1926 gestiegen ist, die Braunkohlenproduktion von 11,08 Millionen Tonnen im Februar 1926 auf 13,19 Millionen Tonnen im Dezember 1926, die Kohleisenerzeugung von 0,63 Millionen Tonnen im Februar auf 1,06 Millionen Tonnen im Dezember, die Rohstahlerzeugung von 0,82 Millionen Tonnen im Februar auf 1,30 Millionen Tonnen im Dezember, während der Kaliabsatz von 1.885.000 Tonnen im Februar auf 1.905.700 Tonnen im Januar 1927 gestiegen ist.

Der deutsche Kohlenausfuhrhandel hat im Jahre 1926 einen Ausfuhrüberschuß von über 800 Millionen Mark gegenüber gegen 242 Mark im Jahre 1925 und 433 Millionen Mark im Jahre 1913.

Die Zahlen der Konturze und Geschäftsaussichten gingen zurück. In der Textilindustrie gingen sie ganz rapide herab. Während im Januar 1926 die Zahl der Textilkonturze noch 609 und die der Geschäftsaussichten 425 betrug, ging sie im Dezember auf 105 Konturze und 22 Geschäftsaussichten herunter. Die Kurze der Aktien weisen steigende Tendenz auf. Die durchschnittliche Kurshöhe stieg von 146,4 am 1. Januar 1927 auf 176,4 am 5. Februar 1927. Diese enorme Steigerung läßt zweifellos auf eine günstige

Wirtschaftsentwicklung in den letzten Monaten schließen. Auch die Dividenden erreichen in einer Reihe von Wirtschaftszweigen schon wieder ganz respektable Prozentfüße.

Die Wagengestellung der Reichseisenbahn läßt die aufwärtsgehende Konjunktur ebenfalls erkennen. Im Hochkonjunkturjahr 1913 hatten wir eine tägliche Wagengestellung von durchschnittlich 133.500. Am 1. Januar 1926 wurden 120.400 und am 29. Januar 1927 bereits 132.000 Wagen täglich hergestellt. Die hohe Ziffer von 1913 ist also wieder erreicht, dabei haben wir heute zu einem erheblichen Teil 20 Tonnen-Wagen statt 15 Tonnen-Wagen früher.

Die Ergebnisse der Lohnsteuer sind ebenfalls ein Kennzeichen der günstigen Geschäftsentwicklung. Die Lohnsteuer hat sich seit April 1926 ständig aufwärts entwickelt, und zwar von 79,5 Millionen Mark im April auf 105,7 Millionen Mark im Dezember 1926 und über 103 Millionen im Januar 1927. Die günstigen Ergebnisse rühren leider nicht von Lohn-erhöhungen, sondern von dem Wegfall der Feierschichten und den zahlreichen Ueberstunden her.

Lohn- und Gehaltserhöhungen lehnt man ab mit dem Bemerkten, die Wirtschaft könne sie nicht tragen. Man nimmt fortgesetzt Entlassungen vor, ohne an eine Einschränkung der Verwaltung und an eine Gehaltskürzung der leitenden Personen heranzugehen.

Der Stahlwertverband in Düsseldorf zahlte seinem Direktor ein Jahresgehalt von rund 180.000 Mark; der Röhrenverband seinem Direktor 110.000 Mark, seinen Stellvertreter 75.000 Mark und seinen drei Titular-Direktoren je 45.000 Mark. Dazu kommen etwa 32 Handelsbevollmächtigte und Prokuristen, die bis zu 28.000 Mark Jahresgehalt beziehen. Es beschäftigten

- die Gutehoffnungshütte Oberhausen
1914: 9000 Arbeiter, 1925: 8300 Arbeiter,
4 Direktoren 10 Direktoren,
- die Maschinenfabrik Thyssen,
Mülheim a. Ruhr
1914: 3800 Arbeiter, 1925: 3600 Arbeiter,
3 Direktoren 7 Direktoren,
- die Dortmunder Union
1914: 6400 Arbeiter, 1925: 10000 Arbeiter,
5 Direktoren 19 Direktoren,
21 leitende Beamte 67 leit. Beamte.
- die Hauptwerke Krupp
1914: 30000 Arbeiter, 1925: 28000 Arbeiter,
10 Direktoren, 37 Direktoren,
190 leitende Beamte 730 leit. Beamte.

Das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte der größten Gesellschaften enthält heute 60-70 Prozent mehr Namen als vor dem Kriege.

Hat man in den letzten Jahren etwas vom Preisabbau gemerkt, trotz all der von der Regierung getroffenen Maßnahmen? Was hat die Regierung nicht alles versucht, um die Preise zu senken. Schon zu Beginn des Jahres 1925 erklärte sie, man wolle auf eine angemessene und ermäßigte Preisgestaltung hinwirken. Mitte des Jahres 1925 hat der Minister des Innern den Polizeiverwaltungen und mittleren Preisprüfungsstellen einen Erlaß zugehen lassen, wonach gegen Preistreiberien scharfer vorgegangen werden, und die wirtschaftliche Freiheit des Wettbewerbs gesichert werden soll. Am 28. August 1925 sagte das Reichskabinett unter Mitwirkung des Reichshandpräsidenten hinsichtlich der Preisbildung einstimmige Beschlüsse, wonach „gegen alle Bedingungen und Abredungen, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigerter Preise führen“, mit allen Mitteln vorgegangen werden soll. Mehrmals forderte die Regierung die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten auf, „im eigenen Interesse die eingeleitete Gesamtkaktion zur Verbilligung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen“. Und die Regierung sprach die Erwartung aus, daß die ge-

troffenen Maßnahmen sich auch tatsächlich in der Preisgestaltung bemerkbar machen. Nichts von alledem!

Früher hat man immer gesagt, der hohe Zinsfuß für Reichtum sei Schuld an den hohen Preisen. Das war damals, als man noch 2 und 3 Prozent Monatszinsen, also 24-36 Prozent Jahreszinsen zahlen mußte. Der Zinsfuß ist herabgegangen bis auf 7 bis 8 Prozent. Der Reichsbankdiskont, der am 25. Februar 1925 10 Prozent betrug, ist auf die Hälfte gesunken, nämlich auf 5 Prozent am 11. Januar 1926. Hat man gemerkt, daß sich die Senkung des Zinsfußes auf die Preise auswirkte? Dazu kommt, daß die Sparkassen wieder billiges Geld vergeben, weil ihr Bestand auf 3 Milliarden angewachsen ist. Die Gebühren und Frachten sind gesenkt worden. Die Eisenbahnfrachten sanken seit Anfang 1924 von 187 auf 140 Ende 1926. Die Umfrachten sind von 2½ Prozent auf ¼ Prozent herabgemindert worden, ausdrücklich mit der Begründung, daß damit eine Preisentwertung eintreten würde. Nichts hat man gemerkt. Wäre sie um den gleichen Prozentsatz, wie sie gesunken ist, gestiegen, dann hätte man bestimmt eine Preissteigerung vorgenommen.

Ganz bedeutende Steuererleichterungen sind für die Industrie eingetreten, sie sind noch in aller Erinnerung. Damals wurde von der Arbeiterschaft vorausgesagt, daß nur die Industrie das Geschäft macht, die Steuererleichterungen aber sich in der Preisgestaltung nicht auswirken. Sie hat damit leider recht behalten.

Die die Wirtschaft hundernden Demobilisierungsverordnungen sind aufgehoben worden, ohne daß sie von einer günstigen Wirkung für die Preisgestaltung gewesen wären. Wichtige Rohstoffe sind seit 1924 im Preise außerordentlich stark gesunken. Wenn man die Vergleichszeit von Anfang 1924 bis Ende 1926 nimmt, dann ist die Fettkohle von 172 auf 124, die Braunkohle von 220 auf 139, das Stabeisen von 163 auf 133, der Schrott von 113 auf 102 und die Baumwolle sogar von 273 auf 99 gesunken.

Aber die Kartelle, Syndikate und Trusts halten nicht nur trotz aller dieser Maßnahmen die Preise hoch, sondern erhöhen sie noch, trotz der Produktions-erweiterungen und -verbesserungen, trotz der sogenannten Rationalisierung. In der Februarnummer der „Deutschen Arbeit“ (Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft) wird schlagendes Beweismaterial vor Augen geführt. Danach sind die Rohstoffpreise um 30 bis 70 Prozent seit 1924 gesunken; die Preise der industriellen Zulieferwaren haben sich um 20 Prozent erhöht; die Löhne dagegen nur um effektiv 13 Prozent. Der Großhandelsindex stieg um etwa 11 Prozent, der Lebenshaltungsindex um 14 Prozent und die Agrarprodukte um 30 Prozent. Daß die Kaufkraft des Lohnes nicht gleichen Schritt hält mit der verteuerten Lebenshaltung, braucht nicht im einzelnen dargelegt zu werden.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun s wies in seiner Staatsrede darauf hin, daß mindestens so wichtig wie eine richtige Lohnpolitik für die Stärkung des Binnenmarktes eine entsprechende Preispolitik sei. Er habe sich immer als überzeugter Anhänger des Grundgedankes: „Großer Umsatz — kleiner Nutzen“ bekannt. In diesem Sinne habe er den dringenden Wunsch, daß unserer Bevölkerung die Früchte der Rationalisierung in Form niedriger Preise in zunehmendem Maße zugute kommen möchten. Die Stärkung der Kaufkraft der breiten Masse sei mit allen Mitteln sicherzustellen. Er verwies darauf, daß die Ausgaben für Sozialpolitik erforderlich seien, wenn wir dem wichtigen Produktionsmittel, das wir besitzen, der menschlichen Arbeitskraft, diejenige Pflege angedeihen lassen wollen, deren sie zu ihrer unverfälschten Erhaltung bedarf.

Auf diese Zusammenhänge muß einmal hingewiesen werden. Wie die Darlegungen beweisen, geht es in unserer Wirtschaft wieder aufwärts und vorwärts. Aber diese Wirtschaft hat nicht nur die Aufgabe, für einzelne hohe Gewinne abzuwerfen und Reichtümer anzuhäufen, sondern sie hat unseren täglichen Lebensbedarf zu decken, d. h. sie hat dafür zu

Sorgen, daß die Menschen sich ausreichend ernähren und kleiden und menschenwürdig wohnen können.

Der Reichsarbeitsminister sagte, es sei weder unbeschreiblich noch übertrieben, wenn er von sieben Kampffahren der Sozialpolitik sprechen wolle. Hoffentlich wird es damit bald anders und kommen die Kreise, die bisher berechtigten sozialen Forderungen Widerstand geleistet haben, zu der Erkenntnis, daß es nicht nur im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegt, Sozialpolitik zu treiben und die Lohn- und Preisgestaltung zu revidieren, sondern im Interesse der Wirtschaft selbst und des gesamten Volkes und Vaterlandes.

Krieg, Christentum und Sozialdemokratie

Der „Grundstein“ (Nr. 11) ist über unseren Artikel: „Nur Kampf gegen Auswüchse?“ das aus dem Häuschen geraten. In seiner blinden Wut läßt er sich zu neuen dummen und plumpen Angriffen auf das Christentum verleiten. Wir müssen uns deshalb notgedrungen noch einmal mit ihm beschäftigen.

Wir hatten den „Grundstein“ gefragt, welcher grundsätzliche Unterschied zwischen den Kriegsjahren segnenden Priestern und der ebenfalls segnenden Sozialdemokratie bestehe. Hatten ihm weiter die typische Frage vorgelegt, ob segnende Priester denn nicht doch eine sympathischere Erscheinung seien als der sehr bekannte Sozialistenführer, der im Kriege Munitionsminister wurde. Wir hätten noch hinzufügen können, daß manche Sozialistenführer im Vordergrund der praktischen Kriegsführung standen (z. B. Kerenski in Rußland) und andere sich als ausgesprochene Kriegsheber betätigten. Das weiß natürlich auch der „Grundstein“, und er gibt die von uns behaupteten Tatsachen als richtig zu. „Nur“ verteidigt er sich, „setzen wir nicht so ohne weiteres Sozialismus oder Gewerkschaft = Christi Lehre. Wenn der Sozialist oder der Gewerkschaftsmann für sein Vaterland in den Kampf zieht, dann hat nach Christi Lehre immer noch nicht ein Priester des Christentums das Recht, wider Christi Gebot zu handeln und die Fahnen zu segnen, die dem Massenmord voranzutreiben sollen. Dann hätte er die Pflicht, den Feinden die Lehre Christi ins Gedächtnis zu rufen. Schon vom Sinai erklang Gottes Wort: „Du sollst nicht töten.“ Und Christus sagte: „Wer das Schwert anfaßt, soll durchs Schwert ankommen.“ Er sagte ferner: „Liebet Eure Feinde, segnet die Euch fluchen, bittet für die, die Euch beleidigen und verfolgen.“ Das alles klingt ganz anders. Und dann ist streng zu unterscheiden zwischen Massenpsychosen und denen, die an der Spitze stehen, jenen mit besserer Schulung, größerem Einfluß, gekläarterer Meinung. Denn in solchen Dingen gibt die Führung den Ton an.“ Bitte, verehrter „Grundstein“, nicht kneifen! Wir hatten gar nicht von der Masse geredet, nur von der offiziellen Sozialdemokratie, von den Führern also. Sie haben den Krieg bejaht, für den Sieg gearbeitet und in diesem Sinne ihre Massen beeinflusst. Will der „Grundstein“ im Ernst behaupten, sie seien bei Kriegsausbruch alle ohne „bessere Schulung, größeren Einfluß, gekläartere Meinung“ gewesen, während er diese „bessere Schulung usw.“ bei den christlichen Priestern ohne weiteres voraussetzt? Nun, er muß ja wissen, wie er seine politischen Führer einzuschätzen hat. Die christlichen Priester sind jedenfalls zu bezeichnen, um eine Richtertolle in einer politischen Angelegenheit zu beanspruchen, für die der „Grundstein“ die sozialistischen Führer anscheinend von vornherein für unfähig hält.

Also wenn schon Sozialisten es für richtig halten, in den Krieg zu ziehen, dann haben christliche Priester immer noch nicht das Recht, ihnen Glück und Segen für ihren schweren Gang zu wünschen. Denn nur das ist der Sinn der Fahnensegnung. Der Wortwitz des „Grundstein“ könnte, wenn die Voraussetzungen richtig wären, allenfalls von Christen erhoben werden. In seinem Munde ist er inkonsequent, ja, unerschrocken und unsittlich, kommt fast auf eine Schmähung der eigenen Kriegstoten hinaus, die unter den also segneten Fahnen gefallen sind.

„Und dann ist streng zu unterscheiden zwischen Massenpsychosen und denen, die an der Spitze stehen, jenen mit besserer Schulung, größerem Einfluß, gekläarterer Meinung. Denn in solchen Dingen gibt die Führung den Ton an.“ Bitte, verehrter „Grundstein“, nicht kneifen! Wir hatten gar nicht von der Masse geredet, nur von der offiziellen Sozialdemokratie, von den Führern also. Sie haben den Krieg bejaht, für den Sieg gearbeitet und in diesem Sinne ihre Massen beeinflusst. Will der „Grundstein“ im Ernst behaupten, sie seien bei Kriegsausbruch alle ohne „bessere Schulung, größeren Einfluß, gekläartere Meinung“ gewesen, während er diese „bessere Schulung usw.“ bei den christlichen Priestern ohne weiteres voraussetzt? Nun, er muß ja wissen, wie er seine politischen Führer einzuschätzen hat. Die christlichen Priester sind jedenfalls zu bezeichnen, um eine Richtertolle in einer politischen Angelegenheit zu beanspruchen, für die der „Grundstein“ die sozialistischen Führer anscheinend von vornherein für unfähig hält.

„So hat auch nur ein Berufener des offiziellen Christentums gegen diesen blutigen Feldzug Einspruch erhoben im Namen Christi?“ Die christliche „Baugewerkschaft“ entschuldigt dies mit dem Hinweis auf den Verteidigungskrieg. Nein, wir entschuldigen gar nichts. Die Frage offenbart vielmehr nur eine erschreckende geistige Ignoranz des Schriftleiters des „Grundstein“. Wir geben ihm den Rat einmal die päpstlichen Rundgebungen zum Kriege einschließlich der weltbekanntesten Friedensencyklika des Papstes vom Jahre 1919 zu studieren. Dann soll er kommen und sagen, ob er noch den Mut hat, eine solche dumme Frage zu stellen.

Unsere Leser werden schon gemerkt haben, was den „Grundstein“ in die Sackgasse geführt hat, aus der er jetzt trotz kampfhaftester Gehirnverrenkungen keinen Ausweg mehr findet. Er imputiert dem Christentum eine Auffassung vom Kriege, die ihm nicht im mindesten eigen ist. Und zwar konstruiert er eine absolute Kriegsgegnerchaft des Christentums. Die Methode ist höchst einfach. Da steht doch das Bibelwort: „Du sollst nicht töten.“ Und: „Wer das Schwert anfaßt, soll durchs Schwert umkommen.“ Also! Schlussfolgerung der „Grundstein“. Wir möchten ihn auf ein anderes Christenwort aufmerksam machen. „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ (Math. 10, Vers 34.) Aber wir sagen nicht: Also! Mit einzelnen Bibelzitaten ist eben die grundsätzliche Stellung des Christentums zu dieser oder jener Frage nicht zu beweisen. Es kommt darauf an, in welchem Zusammenhang diese Bibelworte stehen und wie sie überhaupt zu verstehen sind. Darüber entscheidet aber einstweilen noch nicht der „Grundstein“, sondern immer noch die Kirche selbst.

Tatsächlich verneint das Christentum den Krieg nicht von vornherein und unter allen Umständen. Es befindet sich dabei im Einklang mit der menschlichen Vernunft und auch im Einklang mit der sozialistischen Auffassung. (Sebel äußerte einmal im Reichstag, wenn es gegen

das reaktionäre Rußland ginge, würde er als alter Peer noch die Flinte auf den Buckel nehmen, er war also sogar zum Angriffskriege bereit!) Im einzelnen ist über die Stellung der Kirche zum Kriege folgendes zu sagen, wobei wir der katholischen Auffassung folgen:

1. Es wird möglich sein, bestimmte Kriegsgefahren, die in der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung liegen, auszuhalten. Man schalte sie aus! Die Kirche ist mit ganzem Herzen dabei. Wie weit sie geht, um Kriegen vorzubeugen, beweist ihr kürzlich erfolgtes Vorgehen gegen die nationalistische Bewegung der französischen Katholiken in der Action française. Es erklärt sich zwanglos dadurch, daß die Kirche in dem extremen Nationalismus eine der stärksten Kriegsgefahren sieht.

Es wird aber nicht möglich sein, alle Faktoren, die zum Kriege führen, auszuhalten. Es wird also immer wieder, auch bei gutem Willen, zum Kriege kommen. Mit dieser Realität (tatsächlichen Lage) rechnet die Kirche. Der extreme Pazifismus scheint ihr unreal, weltfremd zu sein. Sie rechnet eben mit den Erfahrungen der Geschichte.

2. Nach der Auffassung der Kirche kann man einem Staate den reinen Verteidigungskrieg oder den Krieg, den er für ein ganz wesentliches staatliches Interesse führt, nachdem alle anderen Mittel zur Lösung des in der Frage stehenden Konflikts verjagt haben, nicht verbieten. Der Staat kämpft in diesem Falle um seine Existenz. Man kann ihm das Recht auf seine Existenz nicht verjagen.

Im Evangelium findet sich keine Stelle, in der jeder Krieg verboten wäre. Christus schweigt darüber. Wohl aber sagte er voraus, daß Kriege kommen werden.

3. Praktisch hat die Kirche, jedenfalls in den letzten Jahrhunderten, tatsächlich in den meisten Kriegsfällen nicht den nötigen Einfluß gehabt, um den Ausbruch der Kriege zu verhindern. Man denke an die Kriege Ludwigs XIV., der sich in seiner Politik von religiösen und kirchlichen Rücksichten nicht beeinflussen ließ, an die Kriege Napoleons, an 1864, 1866, 1870 und auch an den Weltkrieg. Die Kirche hat den Weltkrieg nicht verschuldet — die Politik, die zu ihm geführt hat, hat sich vom kirchlichen, religiösen Auffassungen, die kriegshemmend und kriegshindernd hätten wirken können, überhaupt nicht beeinflussen lassen.

Dem Kriegsausbrüche gegenüber konnte ein doppeltes Verhalten der Kirche in Frage kommen:

1. Schweres Verbot an die christlichen Soldaten, auf der einen oder anderen oder auf beiden Seiten mitzukämpfen. Aber: Welcher Seite hätte die Kirche den Krieg verbieten sollen? Die Rechtsfrage war 1914 und ist auch heute noch ungeklärt! Oder will sie der „Grundstein“ mit apodiktischer Sicherheit entscheiden? So wenig als er es heute kann, so wenig konnte es z. B. der Papst in 1914. Zudem war man auf beiden Seiten, überall, vom eigenen Recht absolut überzeugt. Unter solchen Umständen hätte ein kirchliches Verbot nichts erreicht, aber unendlich viel Verwirrung und Schaden gestiftet. Dieses Verhalten schloß sich also von selbst aus.

2. Konnten in Frage kommen Versuche, durch Mahnung, auf diplomatischem Wege usw. dem Kriege möglichst schnell ein Ende zu machen. In solchen Versuchen hat es wahrlich nicht gefehlt. Wir erinnern an die wiederholten Friedensmahnungen und Friedensversuche des Staatsmannes auf dem päpstlichen Thron, Benedikts XV., besonders an seine Friedensaktion vom Sommer 1917 (Nota vom 1. August 1917. Vergleiche auch: Strucker, „Die Friedensrundgebungen Papst Benedikts XV.“) Hier hat die

Lege nicht zur maß'gen Feler
 Sag die Hände in den Schoß:
 Klasse sind oft ein paar Schreier,
 Und die vielen wen'ge bloß!

Darum sage nicht verfohlen!
 Was ist Klasse, Menge, Hauf?
 Dreck der andern unverschollen,
 Deine rechte Meinung auf!

Subsig Kessling.

Die Theorie vom Arbeitslohn

Die Auffassung vom Lohn beeinflusst die Persönlichkeitsentwicklung in entscheidendem Maße, als man gewöhnlich annimmt. Sie ist der ausschlaggebende Grund für die Spannwirkung, der wirtschaftlichen nicht nur, sondern auch der geistigen, seelischen, kulturellen und moralischen Entwicklung einer Zeit; sie ist der Prägnanz der sittlichen Entwicklung zum Menschen in seiner Beziehung zur Gemeinschaft. Sie sah die Sozialtheorien gewandelt haben, von der rein individualistischen-materialistischen Auffassung der Nationalökonomie bis zur Idee der gemeinsamen Menschheit an der Volksgemeinschaft, darüber bringt Hermann Duffel in der „Deutschen Arbeit“ (5/1937) eine wertvolle Zusammenfassung, der wir im Nachfolgenden nur das Allerwichtigste in gedrängter Kürze entnehmen.

Die unterchieden vier Stufen der Entwicklung:
 1. die Markttheorie, 2. die Produktivitätstheorie, 3. die Produktions-Konsumtheorie, 4. die kooperative Theorie des Arbeitslohnes.

Die Markttheorie geht von der Tatsache aus, daß es einen Markt für menschliche Arbeit gibt, wie es eben auch für Eier, Butter und Schmalz gibt. Der Arbeiter erhält dafür die Zahlung für die Arbeit, wie es der Verkäufer für die Verkaufsfähigen und Annehmlichen im Handel tut. Er bringt beide Teile

unter möglichst günstigen Verhältnissen der gegenseitigen Verständigung zusammen. Er konzentriert das Angebot und die Nachfrage, und ermöglicht so einen Gesamtüberblick über den Markt und die besten Vorbedingungen für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeit findet dann in der Preisbildung für menschliche Arbeit seinen Ausdruck, und dieser Preis der menschlichen Arbeit heißt Lohn. Der Arbeiter hat Anspruch auf den Lohn, für den er bedungen ist, und weiter nichts. Das Arbeitsverhältnis ist beendet, wenn der Arbeitsvertrag, der wesentlich ein Kaufvertrag ist, beiderseits erfüllt ist. Auf der einen Seite der persönlich freie Arbeiter mit der Ware seiner persönlichen Arbeitsleistung, und auf der anderen Seite der persönlich freie Arbeitgeber. Auf der Grundlage des Eigentumsbegriffes stehen, trennt die bürgerliche Nationalökonomie die Menschen in zwei Klassen: Solche, welche das Eigentum an den Produktionsmitteln in der Hand halten, und solche, welche über derartiges Eigentum nicht verfügen. Der Eigentumsbegriff also scheidet die Menschen; und so definiert schließlich Eigentum den Wert der Person, und Eigentum bestimmt den Staat, d. h. der Staat hat im Grunde keine andere Aufgabe, als dieses Eigentum zu schützen. Daß das Eigentum die Grundlage des persönlichen Wertes, ihres eigenen Persönlichkeitswertes, sei, ist die typische letzte Überzeugung des Menschen der bürgerlichen Nationalökonomie, — eine Überzeugung von fast religiöser Kraft und fanatischer Unabwankbarkeit. Dieser bürgerlichen Markttheorie des Arbeitslohnes liegt also zugrunde Rationalismus im tiefsten Sinne; denn mit dieser materialistischen Auffassung der Persönlichkeit, — als bedingt durch Eigentum im wirtschaftlichen Sinne —, sind Religion und Sittlichkeit an ihrem Ursprünge vereint, wie sehr sich auch die bürgerliche Nationalökonomie, ihre Philosophie und Geschichtsschreibung bemühen mochte, dieser Rationalismus mit allen möglichen Mänteln eines humanistischen, patriotischen, moralischen Idealismus zu bedecken.

Die Produktivitätstheorie brach noch lange nicht mit der materialistischen Grundlage, sie ging durchaus von dem individualistischen Unternehmern aus, als von dem ethischen und metaphysischen Ursprünge alles wirtschaftlichen Daseins überhaupt. Bei der Markttheorie des Arbeitslohnes war das Streben möglicher Herabdrückung

des Faktors Arbeitslohn schließlich zu einer Art Beseffenheit geworden, welche jedes klare Denken hinderte. Der Unternehmer war überzeugt, daß der Arbeitslohn niemals einen gewissen Betrag überschreiten dürfte, der den Arbeiter in gedrückter wirtschaftlicher Stellung ließ, und ihm jede wirtschaftliche Selbstständigkeit unmöglich machte. Billigste Produktionskosten, aber keineswegs billigste Verkaufspreise waren das Ziel. Denn die Differenz zwischen beiden, der privatwirtschaftliche Profit, bestimmte die Stellung der einzelnen Person, den Wert der Familie. Die Produktionstheorie bezweifelte, ob diese Kleinliche Magier der beste Weg für den maximalen Gewinn sei. Man mochte behaupten, daß der Arbeiter nicht einfach eine Arbeitsmaschine sei; aber man hatte sich mit der Tatsache abzufinden, daß er schließlich doch ein Mensch war. Also sagte sich die Produktionstheorie: Ich komme weiter, wenn ich dem Arbeiter einen gewissen Anteil am Produkte gebe. Der Arbeiter sollte einen gerechten und bleibenden Anteil an den durch seine Mehrarbeit erzielten Mehrleistungen haben, über das hinaus, was gewissermaßen maschinenmäßig von ihm zu erzielen war. Ein psychisches Moment wird also als ein neuer Faktor in die Rechnung eingestellt. Daneben gibt es noch eine andere Form der Produktivitätstheorie, die mehr vom volkswirtschaftlich-technischen Standpunkte ausgeht.

Die Produktion-Konsumtheorie bricht grundlegend mit der individualistischen Einstellung zur Wirtschaft. Nur die Methode der wirtschaftlichen Prozesse ist individualistisch, und daher sind die Formen der Wirtschaft individualistisch. Der leitende Gesichtspunkt aber ist der der Volksgemeinschaft und der ihr entsprechenden Gemeinwirtschaft, und zwar in solchem Maße, daß man von diesem leitenden gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus auch der einzelne Unternehmer schließlich nicht nur gemeinwirtschaftlich vernünftiger, sondern auch privatwirtschaftlich vernünftiger handeln kann. Produktion und Konsum werden als aufeinander bezogen herstanden. Elementarste wirtschaftliche Vernunft erfordert, dafür zu sorgen, daß der Produktion eine Konsumkraft gegenübersteht, die sie aufzunehmen vermag. Eine Politik hoher Löhne auf der einen Seite, Veredelung des Konsums der breiten Masse auf der anderen Seite, durch Gewerkschaften und Genossenschaften.

Mit der Produktion-Konsumtheorie war die Bahn gebrochen für wirtschaftlich vernünftiges Handeln. Der un-

Kirche das Menschenmögliche getan. Daß ihr kein Erfolg beschieden war, ist nicht ihre Schuld.

4. Krieg und Heilige Schrift. Wir sagten schon, daß es mit der Methode des „Grundstein“ nicht geht. Natürlich wollte Christus mit dem von uns zitierten Wort: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert“, keine Apologie des Krieges geben. Das Wort steht in einem ganz anderen Zusammenhang. Aber der „Grundstein“ leistet sich mit seiner Zitatelei sogar eine kleine Fälschung. Das Christuswort lautet richtig: „Wer zum Schwert greift, kommt durch das Schwert um.“ (Math. 26, 52.) Das heißt lediglich: Wer zur Waffe greift, muß gewärtigen, daß ihm mit der Waffe erwidert wird. Ueber Recht oder Unrecht des Waffengebrauchs ist mit dieser Bemerkung, die Christus nebenbei macht, noch nicht entschieden.

5. Der Frage, wo ein Priester des offiziellen Kirchentums seine Stimme gegen ausgesprochene Eroberungskriege erhoben hat, stellen wir zunächst einmal die negative Frage gegenüber: Wo ist ein Fall, daß die Kirche einen rein machtpolitischen, ausgesprochenen Eroberungskrieg gebilligt hat? Es gibt keinen. Dagegen ausgesprochen hat sie sich, wenn sie es konnte und wenn sie dadurch nicht ganz klar mehr Schaden als Nutzen stiftete, oft genug. Es ist hier besonders an jene frühmittelalterliche Zeit zu erinnern, wo der Papst noch als Schiedsrichter in der christlichen Völkerverwelt anerkannt war und in dieser Stellung sich oft genug nicht nur gegen Kriege ausgesprochen, sondern auch tatsächlich Kriege verhindert hat. Wenn die Kirche nicht ausdrücklich gegen einen Angriffskrieg protestiert, liegt darin noch lange keine Anerkennung des Krieges.

Der „Grundstein“ weiß jetzt, wie das Christentum zum Kriege steht. Dürfen wir erwarten, daß er sich mit einer ebenso eindeutigen Darlegung der grundsätzlichen Stellung des Sozialismus zum Kriege revanchiert? Oder ist's ihm lieber, wenn wir zuvor noch einmal auf die praktische Kriegssrolle der Sozialisten und sozialistischen Parteien näher eingehen? Er sollte an der Tatsache genug haben, daß sofort bei Kriegsausbruch die ganze sozialistische Internationale kläglich in die Hosen ging, und zwar, weil über die Stellung zum Kriege keine Einigkeit herzustellen war.

Steigende Rentabilität des Hausbesitzes

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß die Rentabilität des Hausbesitzes fortgesetzt im Steigen begriffen ist. In letzter Zeit wird das in Blättern gegeben, die man nicht als hausbesitzerfeindlich ansprechen kann. So wurde erst in einem Artikel im „Berliner Totalanzeiger“ vom 1. Januar nachgewiesen, daß die Durchschnittshäuser von Berlin sogar einen bedeutend höheren Ertrag abwerfen als im Jahre 1914. Dieser Mehrertrag ergebe sich dadurch, daß heute mit fast keinen Mietaussfällen zu rechnen ist und die früheren Ausfälle heute als eine Sondereinnahme zu buchen sind. Außerdem wird heute die Hauszinssteuer in besonderen Fällen niedergeschlagen, während früher die Hypothekenzinsen in allen Fällen zu zahlen waren. Jetzt gibt auch die „Vossische Zeitung“ in Nr. 122 vom 13. März zu, daß die Rentabilität des Hausbesitzes im Steigen begriffen ist. Sie knüpft an die Erörterungen im Finanzausschuß des Enquete-Ausschusses an. Als Sachverständige wurden Geheimrat Schwarz von der Preussischen Zentralboden-Kredit-A.G., Kommerzienrat Haberland, Berlin, Bankdirektor Looz, Dresden, und Wilhelm

überbrückbar scheinende Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter ist grundsätzlich überwunden, ist vielmehr ein tatsächlicher geworden, der der höheren Lebensführung und der Hinaufentwicklung beider Teile dient in der steigenden Entwicklung der Produktion und in der Fürsorge für ihre volkswirtschaftlich wünschenswerte Verteilung. Die Bevölkerung erscheint nicht mehr in zwei Teile gespalten, sondern der eigentliche Träger der Produktionsmittel ist die Volkswirtschaft, und die Frage des individuellen Eigentums ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Das Prinzip des Eigentums findet seine völlige Umdeutung.

Die kooperative Theorie des Lohnes stellt ein individuell-psychologisches Moment in den Vordergrund. Nach ihr gilt es, den Arbeiter als lebendigen Menschen in seiner schöpferischen und nicht nur mechanischen Kraft mit seiner vollen geistigen und feilschen Anteilnahme in den einzelnen wirtschaftlichen Betrieb einzubringen. Der Unternehmer hat immer das Vorrrecht gehabt, daß er sich auch als Mensch betätigen konnte, daß seine Tätigkeit Initiative, geistige Einflusskraft, Energie von ihm forderte. Diese bisher beim Arbeiter nicht ausgenutzten geistigen und sittlichen Potenzen gilt es zum allgemeinen Besten und zum Besten der einzelnen Parteien nutzbar zu machen. Diese Theorie geht eng zusammen mit dem, was man „industrielle Demokratie“ nennt. Demokratie aber ist keineswegs gleichbedeutend mit „Freiheit“ im dem Sinne, daß jeder handeln kann, wie er Lust hat. Demokratie heißt Verantwortlichkeit jedes einzelnen in seiner Stellung und also Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gesamtheit für seine Tätigkeit. Der Arbeiter ist Mitarbeiter geworden. Er erhält den hohen Lohn, der seiner Arbeitsleistung entspricht, es wird ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, einen Teil dieses Lohnes im weiteren Ausbau des Unternehmens zu investieren und damit Miteigentümer zu werden. Der Arbeiter als Kapitalist kontrolliert den Arbeiter als Arbeiter. Und der Arbeiter als Arbeiter kontrolliert mit einem gewissen Sachverständnis die Geschäftsführung des Unternehmens. Auf diesem Wege wird eine ähnliche Verbindung der Interessengruppen erreicht, wie sie früher für den Handwerker charakteristisch war, der gleichzeitig Arbeiter, Unternehmer und Kapitalist in einer Person war. Die industrielle Entwicklung Amerikas verläuft in dieser Richtung.

Am 2. April 1927 ist der vierzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

Janssen, Kiel, gehört. Das Ergebnis wird wie folgt zusammengefaßt:

„Nach den erheblichen Verlusten, die der Hausbesitz in der Zeit von 1914 bis 1921 erlitten hatte, ist seine gegenwärtige Lage — cum grano salis — nicht viel schlechter als in der Vorkriegszeit. Vor allem hat die Verzinsung des Eigenkapitals, die 1914 in Berlin etwa 10 Prozent betrug, diesen Satz fast wieder erreicht. Da, wo sie nennenswert darunter bleibt, hat meist eine Vermehrung des Eigenkapitals, das früher nur den siebenten bis zehnten Teil des Objektwertes ausmachte, durch Hypothekenablösung und -aufwertung stattgefunden. Die allgemeine Rentabilität bleibt indessen im Augenblick noch etwas hinter der Vorkriegszeit zurück; es besteht aber die berechtigte Hoffnung, daß man auch hier in absehbarer Zeit den normalen Zustand wieder erreichen wird. Interessant war das Ergebnis, daß die Hypothekenzinsen heute gewissermaßen durch die öffentliche Hand übernommen ist, denn die Hypothekenzinsen der Vorkriegszeit entsprechen in ihrer Höhe völlig den heute zu zahlenden Aufwertungsinsen, zuzüglich der Hauszinssteuerbeiträge; die auf dem Hausbesitz ruhende Zinslast ist also dieselbe geblieben.“

Selbstverständlich können, wie auch vor dem Ausschuß betont wurde, alle genannten Ziffern nur einen ungefähren Durchschnitt geben. Sicher ist aber, daß nicht so sehr der Hausbesitzer der Leidtragende ist, sondern daß die Wertminderung auf Kosten der Hypothekengläubiger vor sich ging.“

Es wird noch bemerkt, daß das Risiko der Realcreditgewährung im allgemeinen gering ist, da die Häuser dauernd in ihrem Werte steigen. Die „Vossische Zeitung“ begrüßt das Untersuchungsergebnis des Ausschusses, fügt jedoch hinzu, daß die Darstellung trotz des gezeigten Strebens, die Objektivität wahren zu lassen, zeitweilig allzu deutlich den Interessentenstandpunkt verriet, d. h. also, daß die Hausbesitzer und Leiter der Kreditanstalten die Dinge eher noch zu ungünstig als zu günstig gesehen haben. Nach all dem ist die von der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“ vertretene Auffassung, der Hausbesitz habe Anspruch darauf, die am 1. April eintretende Mietsteigerung von 10 Prozent voll für sich zu verlangen, völlig unberechtigt. Unter allen Umständen muß die kommende Mietsteigerung der Förderung des Wohnungsbaues zugute kommen.

Lebensversicherung und Gesundheitspflege

Während Deutschland durch den Krieg von der Welt abgeschnitten war, hat sich im Ausland eine bedeutende Wandlung in der Tendenz der Lebensversicherung vollzogen. Beruhte diese bisher auf der passiven Übernahme der von der Statistik ermittelten Lebenserwartung, so hat man jetzt einen aktiven Faktor eingeschaltet. Man hat sich davon überzeugt, daß die Förderung vorgebender individueller und individualisierender Gesundheitspflege in der Lage ist, die Lebenswahrscheinlichkeit zu vergrößern. Im weiteren Verlauf kann man dann zur Erzielung von Ersparnissen, zur Verbilligung und erweiterter Zugänglichkeit der Lebensversicherung gelangen. Nachdem in Amerika die finanzielle Berechtigung zu solcher Gesundheitsfürsorge für die Lebensversicherungsgeellschaften erwiesen worden ist, haben auch in Deutschland und der Schweiz vereinzelte führende Gesellschaften seit etwa zwei Jahren mit planmäßiger Gesundheitsfürsorge (wie Gewährung kostenloser periodischer ärztlicher Untersuchung, Verbreitung aufklärender Schriften u. a.) einen Anfang gemacht.

Die Ueberzeugung, daß solches Vorgehen allgemeine Verbreitung in Deutschland verdient, so, benötigt, und daß die Lebensversicherungsgeellschaften damit für den fest umschriebenen Kreis ihrer Klientel und für ihr eigenes Gedeihen, darüber hinaus aber auch für die Allgemeinheit wertvolles leisten können, hat fünf Gesellschaften, darunter auch die uns nahestehende Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft (Berlin-Schöneberg, Post Friedenau, Bahnhofsstr. 15a) veranlaßt, sich gleichsam als Pioniere zwecks Gründung einer „Deutschen Zentrale für Gesundheitsdienst der Lebensversicherung“ zusammenzuschließen.

Ziel dieser Stelle ist es, unter Lebensversicherten, und damit unter den im Erwerbsleben Stehenden überhaupt, planmäßig den Gedanken von der Nützlichkeit vorbeugender Gesundheitsarbeit zu verbreiten, die nicht nur durch das aufklärende Wort, sondern auch durch die Tat, namentlich durch periodische ärztliche Untersuchung und damit verbundene Gesundheitsberatung auf Kosten der Gesellschaften, gefördert werden soll. Die Reichweite solcher Bestrebungen zu erschöpfen und zu umgrenzen, Wege und Ziele für die Praxis zu weisen, die gleich gerichtete Bewegung im Ausland im Auge zu behalten, sind weitere Aufgaben dieser Zentrale, die sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in Fühlung halten wird. Als ihr wissenschaftlicher Leiter ist Dr. med. D. Neufäßer gewonnen. Er hat seine Arbeit in Berlin, dem Sitz der Zentralfelle, bereits aufgenommen.

Es ist von Interesse, daß erst kürzlich, unabhängig von den deutschen Bestrebungen, ein vor mehr als Jahresfrist zum Studium der einschlägigen Fragen besonders eingesehener ärztlicher Ausschuss des holländischen Lebens-

versicherungsverbandes einen ganz ähnlichen Plan seinen Gesellschaften einstimmig empfohlen hat.

Bei der vollständigen Uebereinstimmung der Interessen der Versicherten, der Gesellschaften und der Allgemeinheit auf diesem Gebiete wird mit solchem Gesundheitsdienst in die Reihe der bisherigen Bestrebungen gesundheitlicher Aufklärung und Förderung ein neues praktisch wertvolles Glied eingefügt. Das erkennen auch die zuständigen Reichsbehörden, Wohlfahrtsorganisationen und namhaften Persönlichkeiten an. Schon die erste Fühlungnahme mit ihnen hat deshalb ein lebhaftes Interesse für diese klar umgrenzte Fürsorgearbeit ergeben; man erachtet den Gedanken für sehr glücklich und hat die Mitwirkung bei den Aufgaben der Zentrale zugesagt. Gelegentlich der Gründung ist betont worden, daß nach der Satzung all den Versicherungsunternehmen in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz die Beteiligung offengehalten werden soll, die auf diesem neuen Wege mit fortzuschreiten bereit sind. Die zusammengeschlossenen Gesellschaften betrachten sich nur als Schrittmacher, die dafür sorgen wollten, daß man in deutschen Landen einer Bewegung nicht länger fernstehe, die in anderen Ländern Segensreiches leistet.

Es ist bekannt, daß gerade die uns nahestehende Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft sich um die Errichtung dieser deutschen Zentralfelle außerordentlich bemüht hat, und es ist allseits zu begrüßen, daß ihr zielbewusstes Vorgehen jetzt bereits zu diesem Erfolg geführt hat.

Allgemeine Rundschau

Rationalisierung und Facharbeiter

In einer Uebersicht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1926 weist das „Reichsarbeitsblatt“ darauf hin, daß diese für die Facharbeiter, obwohl auch deren Arbeitslosigkeit außerordentlich groß war, und heute noch wesentlich höher steht als in der Vorkriegszeit, günstiger war als für die ungelerneten Arbeiter. Das Sinken der Arbeitslosigkeit unter den Facharbeitern vollzog sich im Jahre 1926 unzweifelhaft in stärkerem Maße als die Abnahme der Arbeitslosigkeit in der deutschen Wirtschaft im ganzen. Dieser Feststellung entspricht auch die Tatsache, daß in einzelnen Berufszweigen, wie im Bergbau, über einen Mangel an Facharbeitern geklagt wird. Wenn man aber diese Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung betrachtet, so dürfte sie auf den ersten Blick überraschen. Infolge der Rationalisierung pflegen zwar gewisse Tätigkeiten, die eine fachmännische Schulung erfordern, mehr in den Vordergrund zu treten, und es werden an die Fähigkeiten dieser Facharbeiter höhere Ansprüche gestellt. Andererseits scheidet beim Prozeß der technischen Rationalisierung eine große Masse von Facharbeitern aus, deren Arbeit auch von ungelerten bzw. angelehrten Kräften ausgeführt werden kann. Demnach müßte die Arbeitslosigkeit unter den Facharbeitern infolge der Rationalisierung verhältnismäßig noch mehr zunehmen als die der Ungelernten. Die Feststellung im „Reichsarbeitsblatt“ kann u. E. nur so erklärt werden, daß viele Facharbeiter zwar im Betrieb geblieben sind, gegenwärtig aber die Funktionen eines ungelerten bzw. angelehrten Arbeiters ausüben müssen; des weiteren aber, daß bisher noch mehr eine organisatorische Rationalisierung, durch Stilllegung von Betrieben und Zusammenhaltung der Produktion an wenigen Stellen durchgeführt wurde, weniger aber die technische Rationalisierung durch Einführung von arbeitssparenden Maschinen. Diese letztere Art der Rationalisierung steht im großen ganzen noch bevor und dürfte voraussichtlich zur Zunahme der Arbeitslosigkeit, besonders auch unter den Facharbeitern, führen.

Sozialistische „Kulturarbeit“

In der sozialistischen „Goldberg-Hannauer Volkszeitung“ (Nr. 277 vom 26. November 1926) steht ein Aufsatz: „Die Geschichte der Menschenfresser“. Darin vertritt sich der Verfasser zu folgenden Gesühlsroheiten: „Von wissenschaftlichen Standpunkte aus müssen die Menschenfresser in drei große Gruppen eingeteilt werden. Alle diese Liebhaber menschlichen Fleisches taten sich unterem Einfluß des Christentums besonders am Fleisch der Missionare gütlich. Ein großer Fehler ist es, daß keine dieser Menschenfressergruppen eine Zeitung herausgab, in welcher eine richtigegehende Rubrik: „Die Wochenzeitung einer anständigen Familie“ enthalten ist.“

„Es wäre nur die Frage, welche Art von Missionaren die schwächere ist. Was für welche führt denn Europa unter die wilden Völker aus? Jesuiten, Dominikaner... einige Arten von Pastoren... Sämtliche dieser Sorten sind zweifelhafte Qualität. Derartig mager, daß ihnen selbst die Seckrankheit nichts mehr anhaben kann. Das Oberhaupt der Papuaner hat deshalb auch den deutschen Konsul aus Miliparoro gebeten, ihm keine so mageren Pastoren mehr zu schicken.“

„Ein Rechtgläubiger nun war jedoch etwas ganz Neues für sie, und besonders ein so dicker Missionar wie Alexy Dimitrii Kurilowic. Sie steckten ihn in einen Käfig und fütterten ihn tüchtig aus. Er ergab sich dem Willen Gottes und predigte der vor dem Käfig angeammelten Menge Rechtgläubigkeit und wurde von Tag zu Tag fetter, bis er schließlich zerplatzte. Er hatte das schmackhafteste Fleisch, so daß man auf der Insel Nohamura so leidenschaftlich rechtgläubig geworden ist, daß man kürzlich einen katholischen Missionar, bevor er gebraten wurde, zur Rechtgläubigkeit bekehrte.“

Dem Hirschen, dem dieser „Geist“ aus der Feder floß, ist zu sagen, daß er sich mit seinen Gesühlsroheiten nur unmerklich über den Kannibalismus der Wilden erhoben hat.

Die Ueberalterung des deutschen Volkstörpers

Von großer Bedeutung sind die Ergebnisse der deutschen Volkszählung von 1925 über die Altersgliederung der Bevölkerung, die kürzlich für Württemberg, Bayern,

Baben und eine Anzahl kleinerer Länder veröffentlicht wurden. Im Durchschnitt der zehn Berichtsländer erhöhte sich die Gesamtbevölkerung seit 1910 um 7,8 Prozent, innerhalb der Bevölkerung aber haben die Altersklassen unter 15 Jahren um 16 Prozent abgenommen und gleichzeitig die 15 Jahre und darüber alte Bevölkerung um rund 19,9 Prozent, also viel rascher als die Gesamtbevölkerung, zugenommen. Der Anteil der unter 15 Jahre alten Bevölkerung, der im Jahre 1910 noch 33,7 Prozent betrug, ist 1935 auf 26,3 Prozent zurückgegangen, der der übrigen Bevölkerung von 66,3 auf 73,7 Prozent gestiegen. Die Ueberalterung des Volkstörpers ist aus diesen Zahlen klar ersichtlich. Was die einzelnen Altersklassen des näheren angeht, so ist 1. die unterste Altersklasse (bis zu fünf Jahren) um 20 Prozent schwächer als in der Vorkriegszeit, besteht, eine Folge des gewaltigen Geburtenrückganges in den letzten Jahren. 2. Die Altersklasse von 5 bis unter 10 Jahren enthält die vom Kriegsgeburtensausfall betroffenen Jahrgänge und ist deshalb außerordentlich schwach besetzt. Sie zeigt einen Rückgang von 35 bis 40 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit. 3. Die Altersklasse von 10 bis 15 Jahren zeigt ebenfalls einen Rückgang, obwohl sie vom Krieg nicht in Mitleidenschaft gezogen war. Doch begann der Geburtenrückgang bereits in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg. 4. Die Fünfzehnbis Zwanzigjährigen, die also zwischen 1910 und 1910 geboren wurden, treten in stärkerer Besetzung auf, entsprechend dem hohen Stand der absoluten Geburtenzahl im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts. Auch ist die Altersklasse von 25 bis unter 30 Jahren stärker als in der Vorkriegszeit besetzt. In dieser Klasse spielen allerdings bei den Männern die Kriegsverluste schon eine Rolle. 5. Die Altersklasse von 30 bis 40 Jahren wurde durch den Krieg am meisten betroffen. Der Anteil der männlichen Bevölkerung ist daher in fast allen Ländern ein geringerer als 1910. 6. In den sämtlichen Altersklassen der Bevölkerung von vierzig Jahren und darüber hat sich jetzt eine sehr starke Zunahme durchgezeigt. Dies ist teils die Folge der erwähnten Verschiebungen durch Krieg und Geburtenausfall, teils aber ist sie dem Rückgang der Sterblichkeit zuzuschreiben. Für den Arbeitsmarkt und darüber hinaus auch für Produktion und Verbrauch (Wohnungsbedarf usw.) sind die hier ange deuteten Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung von sehr großer Wichtigkeit.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Arnberg. In Sandern und Umgebung waren die Kollegen im Jahre 1926 fast reiflos aus dem Verbandsausgetreten. Da die Konjunkturbelastung nicht gerade günstig war, konnten die Unternehmer den Tariflohn um 15 Pfg. pro Stunde zu kürzen. Um beiden Uebeln abzuhelfen, gingen am Sonntag, 20. März, eine Anzahl Kollegen von Reheim nach Sandern zur Hausagitation. Die Mühe ist nicht umsonst gewesen. Bis auf zwei oder drei Kollegen sind alle Bauarbeiter dem Verbands zurückgewonnen. Hoffentlich bleiben die Kollegen von Sandern nun dem Verbands treu, denn nur dadurch wird es möglich sein, die Unternehmer zur Zahlung des Tariflohnes zu zwingen.

Ortsgruppe Götrop. Unsere am 23. März abgehaltene Mitgliederversammlung bewies, daß unsere Frühjahrsagitation bereits gute Früchte gebracht hat. Der Vorsitzende, Kollege Janiak, konnte erfreulicherweise 15 neu aufgenommene Kollegen begrüßen, darunter sechs Lehrlinge. Kollege Ernst-Dortmund gab seiner Freude darüber Ausdruck und berichtete dann über den Entwurf eines neuen Reichstaxtarifvertrages. Da sehr viele junge Kollegen in der Versammlung waren, erläuterte er zunächst einmal den Sinn des Tarifvertrages. Außerste Nähe herrschte während seines Vortrages. Rauscher junge Freund wird mit der Anhörung dieses Vortrages seine gewerkschaftliche Laufbahn beginnen. Eindringlich wies Kollege Ernst auf die Forderung der Lehrlingsfrage hin und stellte das Führer und heute in den wichtigsten Punkten gegenüber. Von den Gehältern unserer jungen Kollegen konnte man es ablesen, daß sie den Ausführungen des Referenten aufmerksam folgten und sich über die Erfolge freuten.

Die Ansprache ergab, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, unsere Mitglieder mit dem Tarifvertrag gründlich vertraut zu machen.

Der Faule „Frühjahrsagitation“ fand seinen Ausklang darin, daß trotz guter Anfänge in der Agitation dennoch eine Verbandskommission gewählt wurde, der ein Mitglied des Vorstandes nicht angehört, weil dieser sich ohne weiteres bereit erklärte, der Kommission dauernd beistehend zur Seite zu stehen.

Zum Schluß wies Kollege Ernst noch auf das Gewerkschaftsrecht hin, welches in diesem Jahre wiederum, verbunden mit Festzug, in Dortmund gefeiert wird und forderte schon jetzt die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß sie als Bauarbeiter wie immer dabei stark vertreten sind.

Verwaltungsstelle Düsseldorf. Am 27. Februar fand im Paulushaus unsere diesjährige Verwaltungsstellen-Generalversammlung statt. Der Kollege Theissen erläuterte den Jahresbericht. Aus seiner Besprechung ist folgendes zu entnehmen:

Unser in der vorjährigen Generalversammlung gefaßte Entschluß, daß das Jahr 1926 aus Bauarbeitern eine bessere Arbeitsmöglichkeit bringen werde, hat sich leider nicht erfüllt. Im Anfang des Jahres war die Arbeitslosigkeit in unserer Verwaltungsstelle sehr groß. Mit der Fertigstellung der Geleisbauarbeiten schied Mai den das Baugewerbe fast vollständig zum Erliegen. Die Förderung des Wohnungsbaues blieb wiederum fast vollständig dem Sommer und Sommer-

schaften überlassen. Die Finanzierung geschah überwiegend aus öffentlichen Mitteln, und zwar standen dem Wohnungsbau in Düsseldorf 13 Millionen M. zur Verfügung, wovon im Berichtsjahr 1410 Wohnungen errichtet wurden. Diese Neubausziffer reicht aber bei weitem nicht hin, die Wohnungsnot in Düsseldorf zu beseitigen. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß von seiten der Stadtverwaltung Maßnahmen ergriffen werden, um den Wohnungsbau in diesem Jahr erheblich zu steigern.

Unter der schlechten Baumarktlage hatte auch unsere Organisation erheblich zu leiden. Besonders wirkte sich das aus in der Mitgliederentwicklung und der Finanzgebarung.

Was die Lohngestaltung angeht, so war es trotz der mifflischen Konjunkturbedingungen, aber dank der guten Organisation möglich, die in besserer Zeit erreichte Lohnhöhe fast vollständig zu halten. Es ist darum eine Dankeschuld der Mitglieder, dafür zu sorgen, daß die heute abseits stehenden Bauarbeiter baldigst unserer Organisation zugeführt werden.

Ferner ist es Pflicht aller Kollegen, die Mitgliederberaumungen noch besser zu besuchen, als bisher. Der Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiterchaft in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht allein errungen werden durch Zahlung der Beiträge, sondern dazu gehört auch eine große geistige Schulung. Diese vermitteln nächst dem Studium geeigneter Bücher und Zeitschriften vorzüglich die Mitgliederversammlungen.

Dem Baubelegiertenwesen müssen wir mehr denn je unsere Aufmerksamkeit widmen. Denn wo ein tüchtiger Baubelegierter vorhanden ist, da ist es um die Organisation auf der Baustelle gut bestellt. Kein Kollege darf es ablehnen, das Amt eines Baubelegierten zu übernehmen. Mögen alle Kollegen im neuen Geschäftsjahr ihre Pflicht tun, dann braucht uns um die Weiterentwicklung unseres Verbandes hier am Orte nicht bange zu sein. Zum Schluß dankte der Redner allen Mitgliedern des Vorstandes, den Vertrauensmännern und Baubelegierten für ihre Mitarbeit im verflossenen Jahr.

Sodann erbatete der Kollege Döring den Klassenbericht vom vierten Quartal 1926. Nach reiflicher Aussprache wurde ihm und dem Vorstände auf Antrag des Kollegen Reuß Entlastung erteilt.

Der neu zu wählende Vorstand wurde auf Beschluß der Versammlung zur Hälfte aus jugendlichen Mitgliedern zusammengesetzt, um sie stärker zur Mitarbeit im Verbands heranzuziehen. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Karl Sauer, 2. Vorsitzender Lorenz Keller, 1. Kassierer Josef Hannemann, 2. Kassierer Adam Tollmann, 1. Schriftführer Hubert Verba, 2. Schriftführer Leo Südecke, Revisor: Karl Reuß, Josef Zahle, Fritz Becker, Josef Sarholz.

Bezirk Köln. Eine außerordentliche Bezirkskonferenz nahm am 20. März in Köln-Debon Stellung zum Reichstaxtarifentwurf nebst Anhangsbestimmungen. Fast sämtliche Verwaltungsstellenvertreter waren anwesend. Nach Erläuterung des R.T.S. durch den Bezirksleiter Häuschen setzte eine rege Aussprache ein. Das Ergebnis wurde in nachfolgender Entschliebung niedergelegt:

„Die am 20. März 1927 in Köln tagende außerordentliche Bezirkskonferenz des christlichen Bauarbeiterverbandes nimmt Stellung zu dem Reichstaxtarifentwurf nebst Anhangsbestimmungen. Die Konferenz spricht der Verhandlungsleitung des Verbandes das volle Vertrauen und den Dank für ihre aufopferungsvolle Arbeit aus.“

Wenn auch der R.T.S. nur ein Teil der berechtigten Wünsche der Bauarbeiterschaft enthält, sind doch die Vorteile, die durch Schaffung tariflicher Verhältnisse herbeigeführt werden, wichtig genug, dem R.T.S.-Entwurf zuzustimmen im Interesse der Wirtschaft, des Gewerbes und der Bauarbeiterschaft.

Die Konferenz fordert weiter nachdrücklichste Einwirkung auf Mitbestimmung der Bauarbeiterorganisationen an dem Abschluß des R.T.S. für Poliere und Schachmeister.“

Als Bezirkslohnkommission wurden die Kollegen Himmerich, Deppe, Steinhauer, Süderoth und Theissen bestimmt, mit dem ausbrüchlichen Hinweis, daß zu den Verhandlungen über die Lohnfrage auch Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis hinzugezogen werden können.

Der Bezirksvorstand setzt sich nunmehr neben dem Bezirksleiter aus den Kollegen Becker, Faßhender, Süderoth (Köln), Mergenthal (Nemisch), Himmerich (Köln) und Krämer (Bonn) zusammen.

Die nächste ordentliche Bezirkskonferenz soll in Verbindung mit der Stellungnahme zum bezirklichen Lohn- und Arbeitstarif abgehalten werden. Da Zeit und Ort noch nicht festgelegt werden können, sollen die Verwaltungsstellen schon jetzt die Delegierten bestimmen.

Nach Erörterung verschiedener innerer Verwaltungsangelegenheiten fand bei gutem Gewerkschaftsgeist zugegebenermaßen nach sechs Stunden ihr Ende. T. S.

In Schwerin i. M. hat jetzt auch der christliche Gewerkschaftsverband seinen Fuß gefaßt. In einer gutbesuchten Versammlung wurde eine Verwaltungsstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes gegründet. Bismarck hielt unter Vorsitz des Kollegen Hermann-Berlin, einen kurzen Vortrag über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaft, was fand damit großen Beifall. Wenn wir hier auch noch harte Arbeit zu leisten haben, so gibt es doch nur ein Sowas für uns. Wir wollen hoffen, daß wir recht bald eine stattliche Schar beisammen sind. Der Grundstein ist gelegt, und nun, Kollegen, werdt mehr und mehr für unsere christliche Baugewerkschaft, denn nur eine starke Organisation kann uns schützen und uns zu unserem Recht verhelfen.

Sozialpolitik

Invalidentrente und Versorgungskrankengeld. Nach den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes steht dem Kriegsbeschädigten im Falle einer Erkrankung an seinem Dienstbeschädigungsleiden oder dessen Folgen für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit ein Versorgungskrankengeld zu, doch nur dann, wenn sein Einkommen durch die Krankheit gemindert wird. Unter Einkommen in diesem Sinne sind nicht allein reiner Arbeitsverdienst, wie Lohn und Gehalt, sondern auch Pensionen, Sozialrenten usw. zu verstehen. Soweit also beispielsweise eine Privatpension des Kriegsbeschädigten sein einziges Einkommen darstellt, und durch die Erkrankung nicht in Wegfall kommt, kann dem Kriegsbeschädigten ein Versorgungskrankengeld nicht angewiesen werden. Dasselbe gilt auch von einer Invalidentrente. Bezüglich ihres Zusammenstehens mit dem Dienstbeschädigungsleiden eines Kriegsteilnehmers hat der Reichsarbeitsminister unterm 15. Oktober 1926 eine für die Kriegsteilnehmer wohl beachtliche Verfügung erlassen.

Hiernach kann dem Versorgungsberechtigten, falls derselbe im Zeitpunkt der Erkrankung an seinem Kriegseiden bereits Empfänger einer Invalidentrente ist, Versorgungskrankengeld nach dem Reichsversorgungsgesetz nur gewährt werden, sofern er neben der Invalidentrente noch ein anderes Einkommen bezieht, welches durch die Erkrankung an dem Dienstbeschädigungsleiden gemindert wird. Denn der Invalidentrentenbetrag, welcher ein an die Stelle des früheren Arbeitsverdienstes getretenes Einkommen darstellt, wird auch während einer Versorgungskrankengeldbehandlung unberührt weiterbezahlt und läßt damit für sich allein die Voraussetzung einer Einkommensminderung nicht eintreten.

Wird einem Versorgungsberechtigten nach Abschluß einer Versorgungskrankengeldbehandlung eine Invalidentrente zuerkannt, und zwar für einen Zeitraum, in dem er Versorgungskrankengeld unter Berücksichtigung der zu Beginn der Behandlung nachgewiesenen Einkommensminderung erhalten hat, so unterbleibt für den zurückliegenden abgeschlossenen Krankheitsfall jeder Ausgleich, das heißt, der Kriegsdienstbeschädigte braucht von dem auf Grund der rückwirkend genehmigten Invalidentrente zuviel erhaltenen Betrag an Versorgungskrankengeld nichts mehr zurückerstatten.

Es kommt in der Praxis bisweilen auch vor, daß Versorgungsberechtigter in Laufe einer Versorgungskrankengeldbehandlung Empfänger einer Invalidentrente werden. In diesem Falle erhalten die Kriegsbeschädigten bis zum Abschluß des laufenden Behandlungsfalles das Versorgungskrankengeld in der bisher unter Zugrundelegung der zu Beginn der Behandlung nachgewiesenen Einkommensminderung zuständigen Höhe weiter. Die Einbeziehung der Invalidentrente in die Berechnung des Versorgungskrankengeldes scheidet demnach für die ganze Dauer des am Tage der Gewährung der Invalidentrente laufenden Unterhaltungsfallaus.

Bekanntmachungen

Verwaltungsstelle Düsseldorf

Nachdem sich die Bautätigkeit in den letzten Wochen erfreulicherweise etwas gehoben hat, hat auch bereits ein starker Zustrom von Bauarbeitern aus den Wanderarbeitergebieten (Westerbald, Heßen und Eichsfeld) eingesezt. Leider machen wir die Beobachtung, daß ein großer Teil dieser zuwandernden Kollegen es nicht für notwendig hält, sich bei der Verwaltungsstelle anzumelden. Vielmehr werden die Beiträge in der Heimat gezahlt, wo vielfach ein niedrigerer Beitrag gezahlt wird als in dem Gebiet, wo sie beschäftigt sind. Dieser Zustand verstößt einmal gegen unsere Verbandsstatuten, und zum anderen ist er für die Verwaltungsstelle untragbar.

Die am 18. März im Paulushaus tagende Verwaltungsstellen-Konferenz hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und den Verwaltungsstellenvorstand beauftragt, denjenigen Kollegen, welche den §§ 19 und 23, Abs. 1 und 2, unserer Verbandsstatuten in Düsseldorf nicht nachkommen, bei evtl. entstehenden Differenzen mit dem Arbeitgeber jeden Rechtschutz zu verweigern.

Es wird erwartet, daß dieser Hinweis genügt, um die Kollegen wieder zu ihrer Pflicht zurückzuführen.

Verwaltungsstelle Schwerin i. M.
Die nach Schwerin i. M. zureisenden Kollegen werden sich bei dem Kassierer, Kollegen Fritz Camin, Schwerin i. M., Bäderstraße 18.

Sterbetafel

Am 9. März starb nach jahrelangem Krankenlager unser lieber und treuer Kollege **Edward Schmidt** im Alter von 68 Jahren. In gesunden Tagen war er das Muster eines Gewerkschaftlers.

Verwaltungsstelle Arnberg.

Zum besten Mannesalter von 29 Jahren wurde am 7. März unser lieber Kollege **Franz Verhört** infolge Gehirnentzündung durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. Dem stets eifrigen Mitarbeiter wird ein dankbares Gedenken bewahren die

Ortsgruppe Ahlen.

Am 13. März starb im Alter von 56 Jahren infolge Grippe unser treuer Kollege **Valentin Striemann** (Bauhilfsarbeiter).

Verwaltungsstelle Bismarckstein.

Ehre ihrem Andenken!